



Hauptausschuss

35. Sitzung (öffentlich)

6. September 2007

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 13:10 Uhr

Vorsitz: Werner Jostmeier (CDU)

Protokoll: Niemeyer

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2008 (Haushaltsgesetz 2008)

7

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/4600

In Verbindung mit:

Finanzplanung des Landes Nordrhein-Westfalen 2007 bis 2011

Drucksache 14/4601

- Einführungsberichte zu den Einzelplänen, Zuständigkeitsbereich des Hauptausschusses

Einzelplan 02 - Ministerpräsident

7

Vorlagen 14/1187 und 14/1254

Einzelplan 01 - Landtag

12

Einzelplan 15, Kap. 15 081 - Landeszentrale für politische Bildung 16

Vorlage 14/1282

2 Staatsvertrag über die Übertragung von Aufgaben nach § 9 Abs. 1 und 10 Handelsgesetzbuch zur Errichtung und zum Betrieb eines gemeinsamen Registerportals der Länder zwischen Nordrhein-Westfalen und dem Land Rheinland-Pfalz 18

Antrag

der Landesregierung

auf Zustimmung zu einem Staatsvertrag gemäß Art. 66 Satz 2 der Landesverfassung

Drucksache 14/4711

- abschließende Beratung und Abstimmung, Beschlussempfehlung zur zweiten Lesung

Der Ausschuss billigt den Staatsvertrag einstimmig.

3 Gesetz des Landes Nordrhein-Westfalen zum Staatsvertrag zum Glücksspielwesen in Deutschland

Gesetzentwurf

der Landesregierung

Drucksachen 14/4849 und 14/4892

Der Ausschuss verständigt sich darauf, das Thema in der nächsten Sitzung zur abschließenden Beratung und Abstimmung auf die Tagesordnung zu nehmen.

4 Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Landtags Nordrhein-Westfalen (Abgeordnetengesetz - AbgG NRW) 24

Gesetzentwurf

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 14/4851

Der Ausschuss beschließt einstimmig die Durchführung eines Expertengesprächs mit einer begrenzten, von den Obleuten festzulegenden Zahl von Sachverständigen.

**5 Entwicklungszusammenarbeit stärkt das internationale Profil des
Landes Nordrhein-Westfalen** **26**

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/3843

- abschließende Beratung und Abstimmung zum Zwecke der Abgabe eines Votums an den federführenden Ausschuss

Der Ausschuss stimmt dem Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen zu.

**6 Europa in den Regionen leben - Regierungskonferenz zum Erfolg
führen und die Europäische Union auf eine erneuerte Grundlage
stellen** **30**

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/4868

In Verbindung mit:

Ja zur Regierungskonferenz - für eine handlungsfähige und demokratische EU

Entschließungsantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/4899

- abschließende Beratung und Abstimmung

Der Ausschuss nimmt den Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP mit den Stimmen der antragstellenden Fraktionen gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen an

Anschließend lehnt der Ausschuss den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der antragstellenden Fraktion mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP bei Enthaltung der Fraktion der SPD und einer Enthaltung aus den Reihen der CDU-Fraktion ab.

7 Geschlechtergerechte Sprache anwenden! 33

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/4238

- abschließende Beratung und Abgabe eines Votums an den federführenden Ausschuss

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD und FDP gegen die Stimmen der antragstellenden Fraktion ab.

8 Strukturpolitik für das Bergische Dreieck 35

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/4348

- abschließende Beratung und Abgabe eines Votums an den federführenden Ausschuss

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und Grünen gegen die Stimmen der SPD-Fraktion ab.

9 Nordrhein-Westfalen muss das Versammlungsrecht modernisieren! 37

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/4480

- abschließende Beratung und Votum an den federführenden Ausschuss

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ab.

10 Islam in NRW**40**

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/4482

Der Ausschuss verständigt sich darauf, von der Landesregierung einen schriftlichen Bericht anzufordern. Der Antrag soll parallel an die „Parlamentarische Arbeitsgruppe Islam-Dialog“ zur vorbereitenden Beratung weitergeleitet und zum Jahresende erneut im Ausschuss behandelt werden.

11 Effiziente öffentliche Daseinsvorsorge der Menschen in NRW langfristig sichern**42**

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/4486

Gegen den Vorschlag des Vorsitzenden, den Punkt angesichts der fortgeschrittenen Zeit nicht heute, sondern in einer der nächsten Sitzungen zu behandeln, erhebt sich kein Widerspruch.

12 Verschiedenes**43**

Zuordnung von Übertragungskapazitäten für Rundfunk
Vorlage 14/1253

Der Vorsitzende stellt die Kenntnisnahme fest.

* * *

Aus der Diskussion

1 **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2008 (Haushaltsgesetz 2008)**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/4600

In Verbindung mit:

Finanzplanung des Landes Nordrhein-Westfalen 2007 bis 2011

Drucksache 14/4601

- Einführungsberichte zu den Einzelplänen, Zuständigkeitsbereich des Hauptausschusses

Einzelplan 02 - Ministerpräsident

Vorlagen 14/1187 und 14/1254

Der **Chef der Staatskanzlei, StS Karsten Beneke (Stk)**, führt aus:

Zusätzlich zu dem schriftlichen Bericht möchte ich ein paar Hinweise auf die Entwicklung des Gesamthaushaltes Einzelplan 02 geben. Sie entnehmen den Unterlagen, dass der Einzelplan von 2007 auf geplant 2008 ein gutes Stück ansteigt.

Ebenso sehen Sie, dass das den angekündigten, zugesagten und jetzt angemeldeten Steigerungen im Kulturhaushalt zugute kommt. Wenn Sie den Kulturhaushalt aus der Etatentwicklung der Staatskanzlei herausrechnen, ist ein deutlicher Rückgang von etwa 120 auf 114 Millionen € zu verzeichnen.

Bei genauerer Betrachtung der einzelnen Positionen ist bei den Stiftungen eine nicht sehr gute Mittelausstattung erkennbar. Ich bin in Gesprächen mit den Stiftungen und den betroffenen Ressorts. Von daher könnte an dieser Stelle noch eine Veränderung im Wege der Ergänzungsvorlage eintreten.

Die wesentlichen Elemente, die - neben dem angewachsenen Kulturetat - der Entwicklung zugrunde liegen, finden sich in Titelgruppe 60 - Für wissenschaftliche Beratung und zur Gewinnung von Planungs- und Entscheidungshilfen - des Kapitels 02 010 - Ministerpräsident. Dort begehren wir eine bemerkenswerte Mehrausstattung an Mitteln von 400.000 €. Hierhinter steht im Wesentlichen die nach meiner Erfahrung in diesem Jahr ganz erhebliche Koordinations- und Konzeptionsbelastung durch die Wirkungen der Föderalismusreform I auf die Länder. Auf vielen Feldern wie Beamtenbesoldung, Schul- und Hochschulpolitik, Strafvollzug, Pflege, Ladenschluss, Gaststättenrecht, Presserecht, Jagdwesen, Sport- und Freizeitlärm sind Länderregelungen zu treffen. Dies zu leisten wäre möglich über eine entsprechende personelle Mehrausstattung. Mein Weg - auch zur Vorbereitung auf die

und zur Begleitung der Beratungen in der Föderalismuskommission II; Nordrhein-Westfalen hat mit der Leitung der Arbeitsgruppe 1, Finanzen, übernommen - ist der über eine temporäre wissenschaftliche Beratung durch Externe.

Aufgefallen sein wird Ihnen auch die deutliche Erhöhung des Titels 541 10 - Zur Erfüllung von Repräsentationsverpflichtungen der Landesregierung - um 300.000 € auf 1,5 Millionen €. Da wir, wie Sie wissen, jeden Euro mehrfach umdrehen, habe ich mir auch das sehr genau angeschaut, habe intertemporale Vergleiche anstellen und überprüfen lassen, wie viel Geld in diesem Bereich ausgegeben worden ist, als Nordrhein-Westfalen auch sehr gut, auch im Ausland, repräsentiert wurde. Anfang der 90er-Jahre lagen die Ansätze bei rund 1,3 Millionen €, sprich: preisbereinigt bei mehr als 1,5 Millionen €. Hintergrund sind unter anderem stark angestiegene Auslandsverpflichtungen des Ministerpräsidenten, was uns den veranschlagten Betrag nicht zuletzt angesichts der Bedeutung des Landes vertretbar erscheinen lässt.

Befristet bis 2010 - dies trage ich Ihnen nach einjähriger Amtszeit als Behördenleiter vor - begehrt die Staatskanzlei sechs neue Stellen. Ich habe festgestellt, dass der Koordinationsaufwand in der Staatskanzlei in einigen Bereichen, in denen wir quantitativ sehr schwach ausgestattet sind, nicht zuletzt angesichts der wachsenden politischen Bedeutung des Landes mit dem vorhandenen Personal insgesamt nur schlecht zu bewältigen ist.

Besonders richtet sich mein Blick dabei auf das Feld Energiepolitik. Energie ist ein ganz großes Thema für unser Land. Wenn uns Dinge wie die Steinkohle - und das nicht nur in diesem, sondern darüber hinaus auch in den nächsten Jahren - stark beschäftigen und zu koordinieren sind, sind wir mit unseren Kapazitäten schon weitgehend am Anschlag, weshalb ich eine Verstärkung für dringend notwendig halte.

Ebenso sehe ich es für den massiv an Bedeutung gewinnenden Komplex Klimaschutz/Klimafolgen. Nach der heutigen Presselage können wir Ski und Rodel für Nordrhein-Westfalen mangels Schnees einstampfen. Wenn ich Phänomene der jüngsten Vergangenheit wie Kyrill, wie die Sturzfluten in Arnsberg und Umgebung usw. beobachte, sind das nur Exponenten dessen, mit dem Sie und die Landesregierung sich relativ breit befassen und wo ein Staatskanzleireferat mit einer Referentin meines Erachtens unterbesetzt ist.

Das gilt auch für das Gebiet Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften. Hier erlebe jedenfalls ich persönlich neben den hergebrachten Fragestellungen eine immer stärkere Auseinandersetzung mit dem Thema Islam. In Anbetracht der sich hier ergebenden, sehr berechtigten Fragestellungen ist ein Referent in diesem Referat aus meiner Sicht als Behördenleiter eine Unterbesetzung.

Ferner begehren wir drei Stellen in Sachen Medienrecht, Medienpolitik, Presse, was ganz entscheidend mit dem durch parallel laufende Rundfunkstaatsverträge, die uns in Zukunft vermutlich in ähnlicher Art und Weise überlappend begegnen werden, verursachten erheblichen Aufwand zusammenhängt. Diese Überlappungen basieren auf einer Fülle neuer Entwicklungen im Medien- und Rundfunkbe-

reich. Wir müssen uns mit den Anforderungen der Europäischen Union auseinandersetzen; wir setzen uns mit dem Tarifbereich auseinander; wir werden bei der Umsetzung der europäischen Anforderungen vonseiten der Staatskanzlei auch eine Mitarbeiterin für die gemeinsamen Gremien stellen können und brauchen deshalb hier Unterstützung.

Bei all dem handelt es sich nicht um eine Vergrößerung des Stellenhaushalts der Staatskanzlei. Wenn Sie meinten, ich würde Ihnen ein Aufblähen um weitere sechs Stellen vorschlagen, dann ist das falsch. Wir bauen konsequent Stellen ab, und zwar in 2007 mit Wirkung 2008 16 kw-Stellen; im Haushalt 2008 werden es 18 sein, also insgesamt 34, von denen die genannten, bis 2010 befristeten sechs abzuziehen sind. Unter dem Strich bleibt immer noch ein Abbau von 28. Ich bitte, hier das Maß zu berücksichtigen. Und wenn Sie gleichzeitig die Ihnen von mir aufgezählten Themen und deren Relevanz einbeziehen, hoffe ich auf Verständnis und Zustimmung.

Wolfram Kuschke (SPD) formuliert einige Anmerkungen und Fragen und bittet, sie in der nächsten Sitzung wieder aufzugreifen.

Erstens: Es falle die unterschiedliche Wertigkeit der abgebauten bzw. zum Abbau vorgesehenen und der neuen Stellen auf, nämlich eine niedrige bei den ersteren, eine höhere bei den Letztgenannten.

Zweitens: Klarere Aussagen wünsche er bezüglich der vom Staatssekretär aufgezählten, als zusätzlich und möglicherweise zeitlich begrenzt qualifizierten Aufgaben - Stichwort u. a.: Umsetzung Steinkohlevereinbarung -, während an anderer Stelle von Kernfunktionen der Staatskanzlei gesprochen werde, für deren Bewältigung es einer personellen Ergänzung bedürfte.

Drittens: Vorbereitung und Begleitung der Beratungen der Föderalismuskommission II und Umsetzung der Ergebnisse beider Kommissionen. Trotz des Agierens des Landes Nordrhein-Westfalen in der vergangenen Legislaturperiode als mit federführend - dies setze sich erfreulicherweise fort - seien die entsprechenden Aufgaben seinerzeit aus dem Bestand der Staatskanzlei in Abstimmung mit anderen Bereichen der Landesverwaltung - in, wie die SPD-Fraktion meine, sehr guter Art und Weise - erbracht worden. Von daher leuchte die Angabe, im Jahre 2007 ff. gebe es vermehrten Personalbedarf wegen gewachsener Anforderungen, nicht ein.

Viertens: Als nicht immer stimmig erschienen ihm auch die Einlassungen im Erläuterungsband zum Medienbereich, wo der Begriff „strategische Kommunikationsplanung“ auftauche. Es frage sich, was sich dahinter verberge. Und wie verhalte es sich mit den unumstrittenen, bisher in der Staatskanzlei vorhanden gewesenen Fachleuten für diesen Sektor? Gebe es sie nicht mehr? Wieso bestehe die Notwendigkeit, für Verstärkung zu sorgen?

Fünftens erbitte er eine Übersicht über die Personalentwicklung in den Bereichen mit Personalaufwuchs und Personalarückgang.

Sechstens: Bei der Landeszentrale für politische Bildung interessiere die SPD-Fraktion besonders der Komplex Rechtsextremismus, welcher schon in den letzten

Haushaltsberatungen interfraktionell einvernehmlich einen Schwerpunkt gebildet habe. Es stehe eventuell noch ein gemeinsamer Antrag dazu aus.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE) zeigt sich irritiert über die Darstellung des zusätzlichen Finanzbedarfes für wissenschaftliche Expertise und Beratung; denn es dränge sich nicht der Eindruck auf, als führe das von Experten Vorgetragene - dies werde vor allem bei Anhörungen deutlich - immer zu Folgen in der staatskanzleiinternen Nachberatung. Aus diesem Grunde erachte sie die geforderten Mittel als nicht unbedingt nachhaltig investiert.

Aus der Anforderung weiterer Stellen lasse sich nur schlussfolgern, dass die Staatskanzlei mit den von ihr betriebenen Dingen offensichtlich überfordert sei, wenn es ihr nicht gelinge, sie mit dem Kernbestand ihres Personals zu erledigen. Die Auflistung von bereits Beschlossenem - etwa Föderalismus und Ladenschluss - als Grund für mehr Personal könne sie schon gar nicht nachvollziehen. Und im Übrigen müssten auch die Fraktionen überlegen, wie sich mit dem vorhandenen Personal die zusätzlichen Fragen bearbeiten ließen. Eine Landesregierung, der wesentlich mehr Personalmittel zur Verfügung ständen, müsste sich dazu auch in der Lage sehen. Oder verberge sich hinter dem allem das Misstrauen gegenüber den in der Staatskanzlei Tätigen? Wenn es so wäre, wäre dies außerordentlich bedauerlich.

Carina Gödecke (SPD) nimmt Bezug auf die schriftlichen und mündlichen Ausführungen zu dem Thema Stiftungen sowie das In-Aussicht-Stellen von Veränderungen in den Mittelzuweisungen im Rahmen einer Ergänzungsvorlage. Sehe die Landesregierung also Nachsteuerungsbedarf und anerkenne sie damit die durch die Kürzungen um ca. 2 Millionen € eingetretenen Probleme?

Ilka von Boeselager (CDU) fasst zusammen: Das Minus an Stellen belaufe sich also auf 16 in 2007 und 18 in 2008 und damit insgesamt 34; davon abziehen die sechs teilweise befristet zu besetzenden, was am Ende immer noch ein Minus von 28 ausmache.

Im Übrigen benötige man angesichts des Wandels der Aufgaben diese Stellen hauptsächlich für Aufgaben auf den wichtigen Gebieten Umwelt, Energie, Föderalismusreform. Sie interessiere die Dauer der Befristung.

Der **Chef der Staatskanzlei, StS Karsten Beneke (Stk)**, begründet die Ausstattung des Medienbereichs mit drei der aufgelisteten Stellen mit der schwachen Besetzung dieses Gebietes und dem Ziel, hier stabilisierende Arbeitsbedingungen zu schaffen.

Die Unterstützung in Sachen Föderalismusreform folge aus der Notwendigkeit, die Ergebnisse der Föderalismusreform I umzusetzen, was einen großen Koordinationsaufwand auslöse. Da die dadurch anfallende Arbeit ihm nach einer gewissen Zeit mit Normalmitteln beherrschbar erscheine, schlage die Landesregierung keine Personalverstärkung, sondern eine Mittelaufstockung vor.

Als noch nicht erledigt ständen die Realisierung des sozialverträglichen Ausstiegs aus der Steinkohle sowie der Komplex Steinkohle überhaupt an.

Als weitere zu beackernde, für das Land essenzielle Felder auf dem Sektor Energie nenne er nur den Nationalen Allokationsplan und die Braunkohle. Aus seiner persönlichen Sicht als Behördenleiter plädiere er insofern für eine Personalverstärkung.

Die Staatskanzlei werde, wie von Sylvia Löhrmann gewünscht, eine noch profundere Begründung liefern.

Keine Rede sein könne von einer Überforderung, ansonsten der Rückbau im Umfang von 28 Stellen bei gleichzeitiger Verpflichtung, das Funktionieren des Behördenbetriebes zu gewährleisten, nicht zu verkraften wäre.

Vertrauen habe er in alle Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, sofern sie ihm nicht mit Vertrauensbruch begegneten, was ihm noch nicht einmal passiert sei. Allein schon vor dem Hintergrund des Personalabbaus und der Gesamtpersonalzahl lasse sich schlechterdings nicht von einer Doppelung durch Zur-Seite-Stellen von Aufpassern sprechen. Nur an einigen sehr dezidierten Punkten begehre er im Grunde lediglich einen weniger starken Abbau als in anderen Bereichen. Die Wertigkeit der abgebauten und der neuen Stellen unterscheide sich sicherlich, doch stehe die Deckelung des Personalbudgets insgesamt höheren Personalausgaben entgegen.

An dem Komplex Stiftungen arbeite er; über Ergebnisse werde dann berichtet.

Bezüglich des Abbaus von Stellen bestätigt der Staatssekretär eine dauerhafte Reduzierung um die genannten 34, wovon die Staatskanzlei sechs für eine Übergangszeit bis 2010 für befristet Beschäftigte zu nutzen beabsichtige, sodass sie nach heutiger Vorausschau erst dann entfielen. 2009 und 2010 kämen zu diesen dann 34 noch weitere hinzu.

Wolfram Kuschke (SPD) bittet bei den abzubauenen Stellen zwischen den die Zuständigkeit des Hauptausschusses betreffenden und den übrigen zu unterscheiden.

Zweitens. Er wäre der Letzte, der der Landesregierung, insbesondere der Staatskanzlei, die Option absprechen wollte, nach ihrer Auffassung notwendige Verstärkungen vorzunehmen. Es gehe lediglich darum, ob es sich um Verstärkungen für die Erledigung von Kernaufgaben oder von - eventuell befristeten - Sonderaufgaben handele.

Auf den Seiten 3 und 4 des Einführungsberichts heiße es, ein Teil der Stellen solle mit Nachwuchskräften im Wege der Rotation besetzt werden. Rotation könne auch bedeuten, nicht unbedingt neue Stellen zu benötigen, sondern Person und Stelle zu übernehmen. Und das Stichwort „Nachwachskräfte“ bedürfe einer Erläuterung im Zusammenhang mit der Frage „Kernfunktionen oder besondere Aufgaben“. Antworten hierauf sollten Eingang in einen Bericht der Staatskanzlei für die nächste Ausschusssitzung finden.

Einzelplan 01 - Landtag

Carina Gödecke (SPD) bewertet das Selbstbewusstsein und das Selbstverständnis, mit dem der Vertreter der Staatskanzlei nicht unbedingt dem Mainstream im Zuge von Haushaltsveranschlagungen entsprechend bestimmte Entwicklungen beim Einzelplan 02 vorgetragen habe, als beachtlich. Ein solches wünsche sie sich auch vonseiten des Landesgesetzgebers für den Einzelplan 01, träfen doch die genannten Argumente - mehr Bedarf an wissenschaftlicher Beratung wegen zusätzlicher Aufgaben, Zuständigkeiten und Kompetenzen; Arbeitsverdichtung; Notwendigkeit, bestimmte Veranstaltungen durchzuführen; gestiegene Kosten für repräsentative Anlässe sowie Nachwuchskräfteförderung und Rotationsprinzip, um zumindest auf Zeit über mehr Personal zu verfügen - auf den Landtag genauso zu. Auch in der Gesamtschau aller Einzelpläne - bei Vergleich der Einnahmen- und Ausgabensituation und der Steigerungsraten gegenüber dem Haushalt 2007 - dränge sich ein wenig der Eindruck auf, es werde zumindest an der einen oder anderen Stelle mit zweierlei Maß gemessen.

Dies stelle sie nicht als Vorwurf in den Raum, sondern aus der Erkenntnis heraus, dass es einer Diskussion über das eigene Selbstverständnis - der Einzelplan 01 spiegele in gewisser Weise ein Abbild dieses Selbstverständnisses wider - als Parlament bedürfe.

Trotz der besonderen Aufgabe des Parlaments als Gesetzgeber habe dieser Gesetzgeber Einsparungen im eigenen Bereich im Sinne der allgemeinen Haushaltskonsolidierung mitgetragen. Sie erinnere nur an die Parlamentsverkleinerung, allerdings ebenso an den in diesem Zusammenhang stetig wiederholten Hinweis auf die darauf folgende Arbeitsverdichtung durch mehr Arbeit für den einzelnen Abgeordneten.

Nicht unerwähnt geblieben sei auch, wie viele neue Zuständigkeiten und Kompetenzen durch die Föderalismusreform auch und gerade auf den Landtag zukämen.

Nicht zuletzt sehe man sich seit Längerem gestiegenen Anforderungen an eine moderne und zeitgemäße Parlamentsarbeit gegenüber.

All dies finde sie kaum noch im Einzelplan 01 abgebildet. Ihre Fraktion trage das erzielte Ergebnis zwar mit, betone aber, dass das Ende der Fahnenstange erreicht sei, ansonsten man Gefahr lief, sich selbst die Beine abzuhacken, indem man die Rahmenbedingen so eng schnüre, dass eine ordentliche Erledigung der Aufgaben nicht mehr gewährleistet sei. Das Selbstbewusstsein und die Selbstverständlichkeit der Landesregierung, vorgetragen durch den Staatssekretär, sollten auch den Maßstab für den Einzelplan 01 bilden.

Im Erläuterungsband heiße es: "Im Allgemeinen führt dies zu einer Grundversorgung durch eigene Kräfte des Landtags und die Abdeckung des Spitzenbedarfs durch angekaufte Dienstleistung." Unter diesen Grundsatz dürfe man auf keinen Fall absinken, erwarteten die Abgeordneten von der Landtagsverwaltung doch ein hohes Niveau der Aufgabenerledigung und der Serviceleistungen, um ihre Arbeit ordentlich und vernünftig erledigen zu können.

Sodann geht die Abgeordnete auf die auch im Einzelplan 01 ausgewiesenen Stellen für Praktikanten ein und bittet den Direktor, dazu einige Ausführungen zu machen; so, wie der Landtag an anderen Stellen Vorbildcharakter besitzen sollte, müssten die Parlamentarier im Zuge der Haushaltsplanberatungen die Gelegenheit bekommen, darauf zu achten, dass hier keine gegenläufigen Entwicklungen stattfänden.

Ilka von Boeselager (CDU) bezeichnet die Einlassungen von Carina Gödecke als insofern erstaunlich, als es sich bei den bei Kap. 01 010, Titel 411 10 eingesparten Geldern lediglich um Mittel für im Zusammenhang mit der Landtagswahl entstehende Kosten handle. Mit einem In-Frage-Stellen des Selbstverständnisses des Landtags habe dies ebenso wenig etwas zu tun wie die Reduzierung bei Kap. 01 010, Titel 511 01, entstanden durch Leasing anstatt Kauf der IT-Ausstattung.

Auf der anderen Seite zeige das Parlament durchaus Selbstbewusstsein, wenn es in Kap. 01 010, Titel 519 02 Mittel in entsprechender Höhe für eine adäquate Herrichtung der Villa Horion ausweise.

Nichts einzuwenden gebe es auch, würden bei der Öffentlichkeitsarbeit des Landtags Stiftungen stärker eingebunden, wodurch sich die Ausgaben bei Kap. 01 010, Titel 531 00 verminderten.

Wenn Carina Gödecke für den Einzelplan 01 einen höheren Personalansatz verlange, gleichzeitig aber aus Reihen der SPD-Fraktion die Äußerung stamme, die Staatskanzlei müsste ihren Personalansatz wohl aufstocken, weil sie ihre Aufgaben nicht in den Griff bekäme, stellt sich für **Thomas Jarzombek (CDU)** daraus übertragen die Frage, ob denn die SPD-Fraktion ihre Aufgaben in den Griff bekomme. Die CDU-Fraktion habe 39 Jahre lang - und das mit ganz gutem Erfolg - als Opposition mit den Mitteln in dem im Etatentwurf 2008 fortgeschriebenen Umfang arbeiten müssen. Die CDU-Fraktion werde es der SPD-Fraktion nicht durchgehen lassen, wenn diese aufgrund ihrer Unfähigkeit, ihre Aufgaben zu erledigen, nach zweieinhalb Jahren Opposition den Einzelplan an den entsprechenden Stellen aufrüsten wolle.

Nach Ansicht von **Sylvia Löhrmann (GRÜNE)** haben Ilka von Boeselager und Thomas Jarzombek an dem von Carina Gödecke Gesagten vorbeigeredet.

Denn erstens stimme die SPD-Fraktion dem zwischen den Parlamentarischen Geschäftsführern, der Verwaltung und dem Finanzminister - dieser habe die Gelder für die Fraktionsarbeit weiter zu kürzen beabsichtigt - mühevoll ausgehandelten Entwurf zu.

Zweitens gehe es um das Parlament, den Landesgesetzgeber, der mit Blick auf seine politische Arbeit selbstbewusst seine Ansprüche formulieren sollte, und zwar insbesondere eingedenk der Leichtigkeit, mit der die Staatskanzlei beispielsweise den Verzicht auf den Abbau von sechs eigentlich dafür vorgesehenen Stellen vortrage. Nur diese Relation zwischen Landesregierung und Parlament stehe bei der Überlegung in Rede, wieso die Regierungsfaktionen das großzügige Verhalten der Landesregierung, der Staatskanzlei, sich selbst gegenüber wohlwollend zur Kenntnis

nähmen, sie aber Gleichgültigkeit gegenüber den Bedingungen, unter denen die Fraktionen zu arbeiten hätten, an den Tag legten. - Nebenbei bemerkt dränge sich ohnehin der Eindruck auf, die Regierungsfaktionen legten kein sehr großes Gewicht auf ihre parlamentarischen Aufgaben, arbeiteten etwa Anhörungen nicht nach und winkten im Wesentlichen das von der Regierung Eingebraachte durch.

Drittens votierten auch die Grünen für den Entwurf des Einzelplans 01.

Ralf Witzel (FDP) kann, wie er meint, die Äußerung von Carina Gödecke nicht in vollem Umfang unterschreiben.

Dass das Parlament selbstbewusst sei sowie arbeitsfähig sein wolle und deshalb die notwendigen Investitionen in seine Infrastruktur, den Erhalt des Gebäudes etc. tätigen werde, halte er für eine pure Selbstverständlichkeit.

Andererseits begrüße er es in Zeiten knapper öffentlicher Kassen und hoher Staatsverschuldung ausdrücklich - insofern treffe den Landtag eine Vorbildfunktion -, wenn der Landesgesetzgeber, der mit seinen Beschlüssen in anderen Bereichen des Landes, der Verwaltung und nachgelagerten Behörden durchaus Sparsamkeit einfordere, Modernisierung verlange, Flexibilität der Beschäftigten erwarte, darauf setze, mit neuen Steuerungsmechanismen Kosten zu senken und Arbeitseffizienzpotenziale zu heben, solches für sich selber nicht von vornherein ausschließe.

Von daher befürworte er es, wenn die Landtagsverwaltung gute und richtige Fragen zur Struktur der eigenen Arbeit aufwerfe. Er betrachte es nicht als unanständig, realisiere der Landtag mit Kooperationspartnern gemeinsam Projekte, stellten Menschen über Stiftungen für förderungswürdige Projekte Geld zur Verfügung, was der Arbeit dieses Hauses zugute komme und Steuergelder spare.

Kämen auf der einen Seite natürlich neue Aufgaben hinzu, gebe es umgekehrt durch technische Veränderungen in den Abläufen unter Effizienzgesichtspunkten auf den Prüfstand zu hebende Aufgaben. Und biete sich durch neuere Personalbewirtschaftungsmöglichkeiten die Gelegenheit, Kosten für dieses Haus zu sparen, heiße er dies gut.

Die Fraktionen könnten sich seines Erachtens angesichts der Zuwächse über die Verhandlungsergebnisse nicht beschweren. Derartige Handlungsspielräume eröffneten sich längst nicht für alle Bereiche des Landes und der Verwaltungen.

Wolfram Kuschke (SPD) ist überrascht, zu welcher Debatte der seriöse, grundsätzliche Beitrag von Carina Gödecke führe. Er finde dies interessant, spannend, aber auch - insbesondere den Beitrag von Ralf Witzel - schlimm. Denn: Nicht nur der Gesamthaushalt, sondern auch der der meisten Einzelpläne steige - wenngleich dies noch nichts über die Angemessenheit der Ausstattung aussage -, während sich der Einzelplan 01 gegensätzlich entwickle: Er sei im Bereich der eigentlichen parlamentarischen Arbeit schon 2007, spätestens 2010 auf Kante genäht, was eine Diskussion darüber als zulässig erscheinen lasse.

Angesichts dessen irritierten die sehr leichtfertigen Äußerungen Ralf Witzels über die Möglichkeiten, die Aufgabenerledigung durch Kooperationen, Auslagerung und Ähnliches zu erreichen. Damit meine er gar nicht einmal das Feld „repräsentative Veranstaltungen“ - dies werte er eher als Beiwerk -, sondern jetzt schon mit Auslagerungen durchgezogene, dem Kernbereich der parlamentarischen Arbeit dienende Leistungen wie die IT. Es gehe um nicht mehr und nicht weniger, als zu klären, ob derartige Auslagerungen eine Fortsetzung finden könnten oder man inzwischen an Grenzen gestoßen sei.

Wenn es Thomas Jarzombek aufgrund seines jugendlichen Alters noch nicht gelinge nachzuvollziehen, dass sich das Parlament mit einer derartigen Ausgestaltung des eigenen Haushalts letztendlich - möglicherweise schon 2010 - ins eigene Fleisch schneide, dann tue es ihm leid. Die Regierungsfractionen hätten ihren Auftrag in den „berühmten“ 39 Jahren immer so verstanden, neben der Begleitung der Regierungsarbeit auch eigenständige parlamentarische Arbeit als Fraktion zu leisten. Falls die heutigen Koalitionsfraktionen diesen Anspruch nicht erhöhen, sei dies ihre Angelegenheit. Die SPD-Fraktion jedenfalls wolle diesem Anspruch nachkommen.

Es dränge sich der Eindruck auf, CDU und FDP würden oftmals ihrer Verantwortung als Mehrheit nicht gerecht, und zwar hier speziell ihrer Verantwortung für die Gestaltung der Arbeit des Parlaments im engeren Sinne.

Peter Biesenbach (CDU) hält fest: Die Fraktionen trügen den Entwurf des Einzelplans 01 einvernehmlich. Die diesem Einvernehmen vorangegangenen Verhandlungen begründeten sich aus dem verständlichen Wunsch der Oppositionsparteien nach einem möglichst großen Arbeitsspielraum. Ferner gelte: Jeder Entwurf des Einzelplans 01 in den kommenden Jahren stehe unter der Überschrift, die substantielle Wahrnehmung der parlamentarischen Arbeit zu gewährleisten.

Dass Opposition und Regierungsfractionen insofern zu einzelnen Positionen unterschiedliche Haltungen einnehmen, hänge mit den unterschiedlichen Aufgaben und Rollen zusammen. Sollten die Regierungsfractionen dabei manchmal als zu staatstragend wahrgenommen werden, liege dies einfach an ihrem Versuch, die hier erwähnten Aspekte im Vorfeld zu lösen, um die Debatte darum nicht mehr plenar austragen zu müssen.

Direktor beim Landtag Peter Jeromin erinnert an das gestufte Haushaltsaufstellungsverfahren, in dessen Verlauf die gerade aufgeworfenen Fragen in den Gremien erörtert worden seien.

Die Fragen rankten sich um das Problem des Stellenabbaus in Verbindung mit der Grundversorgung und den Einsatz von Kräften. Von daher wolle er noch einmal die im Raum stehenden, sich auf den Haushalt 2008 beziehenden, aber auch die bis 2010 geltenden Zahlen nennen, die zu erreichen man als leistbar beurteile, wenn bestimmte flexible Instrumente der Landesverwaltung so wie in der Landesregierung auch im Landtag zur Anwendung gebracht werden könnten:

Die 1,5%ige Stellenreduzierung mache fünf Stellen pro Jahr, also 25 Stellen bis 2010, aus. Die Arbeitszeitverlängerung bedeute den weiteren Wegfall von sechs Stellen bei den Tarifbeschäftigten und sechs Stellen bei den Beamten. Im Ergebnis komme man so auf insgesamt 37 Stellen. Die Zahl der Stellen in der Landtagsverwaltung werde von vor einigen Jahren 330 auf 270 sinken.

Dementieren müsse er die aufgrund der geschilderten Situation geäußerte Befürchtung hinsichtlich eines Einsatzes unentgeltlich arbeitender Praktikanten: Eine solche Praxis habe in der Landtagsverwaltung in der Vergangenheit nicht stattgefunden und werde auch in Zukunft nicht stattfinden.

Pro Jahr durchliefen etwa 80 Praktikanten mit Verweildauern von zwei bis vier Wochen - diese Praktika würden zum Nutzen der Betreffenden von der Verwaltung organisiert - und ca. 30 Referendare die Landtagsverwaltung. Nur vier Stellen ständen für länger dauernde Praktika mit Vergütung zur Verfügung.

Natürlich werde man für bestimmte Bereiche immer wieder den Einsatz flexibler Instrumente - auf dem IT-Sektor erfolge dies seit Jahren - wie den Einkauf von Dienstleistungen prüfen müssen, um einen Ausgleich zwischen zunehmendem Bedarf an Dienstleistungen bei festem Personalbestand zu gewährleisten.

Einzelplan 15, Kap. 15 081 - Landeszentrale für politische Bildung

Vorlage 14/1282

LMR'in Springenberg-Eich (MGFFI), Landeszentrale für politische Bildung, berichtet wie folgt:

Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Zunächst einmal möchte ich mich für das so späte Eintreffen unseres Berichts entschuldigen und mich bedanken, dass ich kurz Stellung nehmen kann.

Die Mittel für die Landeszentrale für politische Bildung werden in 2008 überrollt.

Aufgabe der Landeszentrale für politische Bildung ist es, die politische Kultur im Land zu fördern und die Teilhabe am demokratischen Prozess zu stärken.

Wir tun dies mit einem vielfältigen Angebot an Veranstaltungen, Publikationen, audio-visuellen Medien und einem barrierefreien Internetangebot - www.politische-bildung.nrw.de. Es lohnt sich, dort einmal hinein zu schauen.

Seit 61 Jahren sind unsere Zielgruppe die professionellen Vermittler, die Multiplikatoren. Seit drei Jahren haben wir als Zielgruppe die jungen Menschen in den Vordergrund unserer Arbeit gerückt, denn Studien, beispielsweise die Shell-Studie oder von uns beim Politischen Institut in Münster in Auftrag gegebene Studien, zeigen uns gerade bei Jugendlichen ein ambivalentes Verhältnis zur Demokratie.

Das heißt: Sie sind sehr wohl demokratisch orientiert, schätzen demokratische Freiheiten und Werte, aber empfinden sie als selbstverständlich. Es bereitet ihnen oft Schwierigkeiten, die Grundlagen der Demokratie zu definieren.

Die Wahlbeteiligung sinkt in der Tendenz. Bei der letzten Kommunalwahl betrug sie in der Gruppe der 16- bis 24-Jährigen rd. 38 %, bei der letzten Landtagswahl in der Gruppe der 18- bis 24-Jährigen etwa 48 %.

Wir wollen zu einer Verbesserung beitragen.

- Wir tun dies mit „demokratie leben“, einer Kampagne, die die von mir kurz angerissene Herausforderung zum Zentrum der Arbeit macht und die wir seit zwei Jahren an die erste Stelle unserer Tätigkeit setzen.

Wir wollen Demokratiekompetenz fördern.

- Dies tun wir mit einer Reihe von Projekten, beispielsweise dem Projekt „14plus“ an Schulen mit hohem Anteil von Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Hier geht es um die Verknüpfung von Demokratieerziehung und Berufswahlorientierung.
- Wir tun dies mit dem Jugenddialog, wobei wir mit jungen Menschen aus den unterschiedlichen religiösen Gemeinschaften zurzeit die Frage, welche Bedeutung Religion im säkularen Rechtsstaat hat, diskutieren.
- Wir tun dies - gerade in Bezug auf die Arbeit gegen Rechtsextremismus - mit Präventionstagen.
- Wir veranstalten in diesem Jahr zum zweiten Mal den „Jugendwettbewerb NRW. demokratie leben“, der vor zwei Jahren sehr erfolgreich gewesen ist, diesmal mit dem Thema „Courage zeigen für Demokratie“.
- Wir werden ab 2008 zur Durchführung bei Aufenthalten in Schullandheimen ein Demokratietraining anbieten.

Wolfram Kuschke (SPD) erbittet von der Landeszentrale für politische Bildung rechtzeitig zur Verwendung in der nächsten Ausschusssitzung einige Hinweise zu den Projekten mit Jugendlichen, zu den Aktivitäten zur Bekämpfung des Rechtsextremismus und zu der durch den Bund bedingten Reduzierung der Mittel für die Förderung von Projekten der Gedenkstätten und zur Aufarbeitung der Geschichte des Nationalsozialismus.

